Themenliste Masterarbeiten am KU Research Institute for Taxation – Q1 2027

Fremdbesitz in den freien Berufen: Private Equity in der Steuerberatung im Ländervergleich

In der Medizin sind Beteiligungen von Private-Equity-Fonds an Arzt- und Physiotherapiepraxen längst Alltag. Für den steuerberatenden Beruf zeichnet sich eine vergleichbare Entwicklung ab. In den USA hielten Private-Equity-Fonds bereits Ende 2024 Beteiligungen an zehn der dreißig größten CPA-Gesellschaften, auf welche rund ein Drittel des Prüfungsmarktes außerhalb der Big Four für kapitalmarktorientierte Mandanten entfiel. Das deutsche Berufsrecht lässt reine Finanzinvestoren als Gesellschafter von Berufsausübungsgesellschaften hingegen nicht zu (§§ 50, 55a StBerG), sodass Beteiligungen – ähnlich wie bei medizinischen Versorgungszentren – über gesellschaftsrechtliche Umgehungskonstruktionen erfolgen. In Ihrer Masterarbeit systematisieren Sie zunächst diese Beteiligungsstrukturen und ihre berufsrechtlichen Grenzen. Anschließend arbeiten Sie die ökonomische Begründung solcher Fremdbesitzverbote heraus. Auf dieser Grundlage vergleichen Sie die Regulierungsregime – das deutsche Verbot, die US-amerikanische „Alternative Practice Structure“ und die britische Öffnung durch den Legal Services Act 2007. Ergänzend werten Sie die junge empirische Literatur zu Private-Equity-Beteiligungen an Prüfungs- und Beratungsgesellschaften aus und übertragen deren Befunde auf den deutschen Markt.

Steuerliche Förderung von Innovation: Wirksamkeit der Forschungszulage

Die Arbeit untersucht die steuerliche Forschungszulage als zentrales Instrument zur Förderung von Forschung und Entwicklung in Deutschland. Im Fokus steht die Frage, ob die Ausgestaltung der Zulage tatsächlich geeignet ist, zusätzliche Innovationsanreize zu schaffen oder lediglich Mitnahmeeffekte begünstigt und welche Unternehmensgruppen gefördert werden. Hierzu werden sowohl die bürokratischen Rahmenbedingungen als auch die ökonomischen Wirkungsmechanismen analysiert. Dabei soll ein internationaler Vergleich mit ausgewählten Innovationsstandorten erfolgen. Der Vergleich und das Fazit sollen auf empirische Studien zu verschiedenen Varianten der Forschungsförderung zurückgreifen. Ziel ist eine fundierte Beurteilung, ob und inwieweit Reformbedarf besteht, um einen wettbewerbsfähigen Innovationsstandort zu fördern.

Unternehmenssteuerreform, Innovation und Künstliche Intelligenz: Evidenz aus dem U.S. Tax Cuts and Jobs Act von 2017

Der Tax Cuts and Jobs Act von 2017 markierte die größte US-Steuerreform seit Jahrzehnten. Unter anderem ermöglichte er die steuerlich begünstigte Rückführung zuvor im Ausland geparkter Gewinne. Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht die Frage, ob diese Repatriierungskomponente bei großen US-Technologieunternehmen zu einem messbaren Anstieg der Investitionen in Forschung, immaterielle Vermögenswerte und KI-nahe Technologien geführt hat. Sie verknüpfen Daten zu Jahresabschlüssen und Unternehmensberichten mit Kennzahlen zu Forschungsausgaben und Patenten. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Frage, ob die freigewordenen Mittel tatsächlich in Innovation flossen, oder vorrangig in Aktienrückkäufe und Dividenden.

Pillar II und die Gesetzgebungskompetenz der Europäischen Union

Die Arbeit untersucht die Vereinbarkeit europäischer Anti-Missbrauchsvorschriften im Ertragssteuerrecht mit den Grundfreiheiten des EU-Rechts und nimmt dabei insbesondere die aktuelle Entwicklung im Kontext der globalen Mindestbesteuerung (Pillar II) in den Blick. Ausgangspunkt der Arbeit ist die zunehmende Verdichtung unionsrechtlich geprägter Missbrauchsregelungen, die regelmäßig in Spannung zu den durch den AEUV garantierten Grundfreiheiten – insbesondere der Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit – stehen. Vor diesem Hintergrund analysiert die Arbeit systematisch die einschlägige Rechtsprechung des EuGH in Verbindung mit kritischer Literatur zu Rechtfertigung, Verhältnismäßigkeit und Kohärenz steuerlicher Beschränkungen durch Unionsvorschriften, z. B. im Kontext von der ATAD. Mit dem hieraus abgeleiteten Prüfschema soll untersucht werden, ob Pillar II von den Gesetzgebungskompetenzen der Union gedeckt ist.

Mehr Steuerehrlichkeit durch E-Rechnungen? Internationale Evidenz und Perspektiven für Deutschland

Deutschland führt seit 2025 schrittweise die verpflichtende elektronische Rechnungsstellung zwischen Unternehmen ein. Ab 2027 müssen Unternehmen mit einem Vorjahresumsatz von mehr als 800.000 Euro grundsätzlich E-Rechnungen ausstellen. Ein Ziel der Digitalisierung ist es, Umsatzsteuerbetrug zu erschweren und die Steuerdurchsetzung zu verbessern. Ob dies gelingt, hängt jedoch davon ab, welche Informationen den Finanzbehörden zur Verfügung stehen und wie sie diese nutzen. In Ihrer Masterarbeit untersuchen Sie, wie elektronische Rechnungssysteme die Steuerhinterziehung, das Steueraufkommen und die Befolgungskosten von Unternehmen beeinflussen. Hierzu werten Sie die empirische Literatur zu E-Rechnungssystemen aus, insbesondere zu Reformen in Italien und lateinamerikanischen Ländern. Sie vergleichen die unterschiedlichen institutionellen Ausgestaltungen und analysieren, welche Rolle die automatische Übermittlung von Transaktionsdaten an die Finanzverwaltung spielt. Auf dieser Grundlage beurteilen Sie, welche Wirkungen von der deutschen Reform zu erwarten sind und inwieweit zusätzliche digitale Meldepflichten sinnvoll wären.

Einkommensteueraufkommen im internationalen Vergleich

Die Einkommensteuer ist in vielen Ländern eine zentrale Säule der Staatsfinanzierung und zugleich ein wichtiges Instrument zur Umverteilung. Dennoch unterscheiden sich Länder erheblich darin, in welchem Umfang sie Einkommensteuer im Verhältnis zu ihrem Wohlstandsniveau erheben. In dieser empirisch-deskriptiven Arbeit untersuchen Sie, welche Länder besonders hohe bzw. niedrige Einnahmen aus der Einkommensteuer erzielen und wie das Einkommensteueraufkommen mit makroökonomischen und institutionellen Merkmalen eines Landes korreliert.

Steuerliche Begünstigungen von Wohneigentum und Vermögensungleichheit: Evidenz aus Europa

Wohneigentümer und Mieter werden in vielen europäischen Steuersystemen strukturell ungleich behandelt. Während Mieter ihre Wohnkosten aus bereits versteuertem Einkommen bestreiten, genießen Eigentümer steuerliche Vorteile, etwa Hypothekenzinsabzüge sowie die fehlende Besteuerung imputierter Mieten, also des Nutzungsvorteils selbst genutzten Wohneigentums. Da diese Vorteile häufig Haushalten mit höherem Einkommen und Vermögen zugutekommen, stellt sich die Frage nach deren Verteilungswirkungen. In dieser Arbeit untersuchen Sie, ob Länder mit stärkeren steuerlichen Förderungen für Wohneigentum systematisch höhere Vermögensungleichheit aufweisen. Sie vergleichen europäische Länder anhand von Steuerregeln, Immobilienquoten und Verteilungsdaten. Die Niederlande bieten einen besonders interessanten Fall, da dort der Hypothekenzinsabzug seit 2014 schrittweise reduziert wurde.

Die Komplexität der europäischen Unternehmensbesteuerung im internationalen Vergleich

Die Europäische Union hat in den vergangenen Jahren durch eine Reihe von Richtlinien die Dokumentationsanforderungen und Besteuerungsregeln für multinationale Konzerne verschärft. Es wird vermutet, dass diese neuen Regelungen auch zu einem Anstieg der Steuerkomplexität geführt haben. Für die Messung von Steuerkomplexität wurden verschiedene Maße, beispielsweise der Tax Complexity Index, in der Literatur entwickelt. Sie werten aus, inwiefern die jüngsten Reformen innerhalb der EU tatsächlich zu einem messbaren Anstieg der Steuerkomplexität geführt haben und inwiefern es Unterschiede zu anderen Ländern gibt. Sie diskutieren ferner, welche wirtschaftlichen Folgen mit einem Anstieg der Komplexität einhergehen (würden).

Die Asymmetrie der Unternehmensbesteuerung im internationalen Vergleich

Die Ertragsbesteuerung von Unternehmen üblicherweise asymmetrisch ausgestaltet. Hiermit ist gemeint, dass Gewinne und Verluste bzw. Erträge und Aufwendungen nicht symmetrisch behandelt werden. Beschränkungen der steuerlichen Verlustverrechnung oder des Zinsabzugs sind nur zwei Beispiele für Regelungen, die eine derartige Wirkung haben. Im Rahmen der Arbeit vergleichen Sie die Ausgestaltung des Steuerrechts in unterschiedlichen Ländern hinsichtlich des Ausmaßes an Asymmetrie. Sie diskutieren ferner die möglichen Vor- und Nachteile, die sich für die Staaten und die betroffenen Unternehmen aus einem asymmetrischen Steuersystem ergeben können.

Theoretische und konzeptionelle Grundlagen steuerlicher Abzugsmöglichkeiten

Das Einkommensteuersystem sieht zahlreiche Möglichkeiten vor, bestimmte Ausgaben steuerlich abzusetzen. Dazu zählen beispielsweise beruflich veranlasste Aufwendungen, Spenden oder Krankheitskosten. Doch warum existieren solche Abzugsmöglichkeiten und unter welchen Bedingungen sind sie ökonomisch gerechtfertigt? In dieser Masterarbeit untersuchen Sie die konzeptionellen und theoretischen Grundlagen steuerlicher Abzugsmöglichkeiten. Anschließend analysieren Sie ausgewählte Abzüge und diskutieren, inwieweit sich deren Existenz und Ausgestaltung durch die gewonnenen Erkenntnisse begründen lassen.

Neubewertung latenter Steuern infolge der Senkung des Körperschaftsteuersatzes ab 2028 – eine Analyse deutscher börsennotierter Unternehmen

Mit dem Gesetz für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland vom 14. Juli 2025 sinkt der Körperschaftsteuersatz ab dem Veranlagungszeitraum 2028 in fünf Schritten von 15 % auf 10 % im Jahr 2032. Nach IAS 12.47 sind latente Steuern mit den Steuersätzen zu bewerten, die voraussichtlich im Zeitpunkt ihrer Umkehr gelten, soweit diese am Abschlussstichtag gesetzlich verabschiedet sind. Deutsche Konzerne mussten ihre inländischen latenten Steuern daher im ersten Abschluss nach Verabschiedung des Gesetzes neu bewerten, bei kalendergleichem Geschäftsjahr entsprechend im Geschäftsjahr 2025. Im Rahmen Ihrer Masterarbeit untersuchen Sie anhand der Konzernabschlüsse der im HDAX gelisteten Unternehmen, zu welchem Zeitpunkt und auf welche Weise die Neubewertung vorgenommen wurde und wie detailliert die Unternehmen deren Folgen offenlegen. Darauf aufbauend analysieren Sie, wie sich die Neubewertung auf die Höhe der ausgewiesenen latenten Steueransprüche und -schulden sowie auf die Konzernsteuerquote ausgewirkt hat. Abschließend arbeiten Sie heraus, inwieweit sich diese Effekte nach Branche, internationaler Ausrichtung und latenter Steuerposition der Unternehmen unterscheiden.

Übergewinnsteuer in der Energiekrise

Die Energiekrise infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine führte in Europa zu außergewöhnlichen Preissteigerungen und erheblichen Gewinnzuwächsen einzelner Unternehmen der Energiebranche. Als Reaktion beschloss die Europäische Union im Jahr 2022 eine befristete Übergewinnsteuer („Solidaritätsbeitrag“) für Unternehmen des fossilen Energiesektors. Ziel war es, krisenbedingte Zufallsgewinne teilweise abzuschöpfen und die erzielten Einnahmen zur Finanzierung von Entlastungsmaßnahmen für private Haushalte und Unternehmen einzusetzen. Ziel der Arbeit ist es, die europäische Übergewinnsteuer hinsichtlich ihrer rechtlichen Ausgestaltung, ökonomischen Rechtfertigung und praktischen Wirkung kritisch zu analysieren. Darüber hinaus soll untersucht werden, inwieweit alternative steuerliche Krisenmaßnahmen (z.B. die temporäre Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe) die politischen Zielsetzungen wirksamer oder effizienter erreichen könnten. Auf Basis einer vergleichenden Bewertung sollen Handlungsempfehlungen für den zukünftigen Einsatz steuerlicher Instrumente in außergewöhnlichen Krisensituationen entwickelt werden.

Steuerliche Anreize für Biodiversität – ein Überblick über Instrumente und Wirkungen

Staaten nutzen zunehmend steuerliche Instrumente, um den Erhalt von Biodiversität zu fördern, etwa durch Steuervergünstigungen für Naturschutzmaßnahmen, Sonderabschreibungen oder Steuerbefreiungen. In Ihrer Masterarbeit geben Sie einen systematischen Überblick über steuerliche Maßnahmen zur Förderung von Biodiversität in ausgewählten Ländern. Darauf aufbauend diskutieren Sie, welche ökonomischen Wirkungen von diesen Instrumenten zu erwarten sind und welche Gestaltungsfragen sich aus Effizienz-, Verteilungs- und Umweltsicht ergeben.

Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM): Verhindert der CO_2-Grenzausgleich die Verlagerung emissionsintensiver Produktion?

Seit Januar 2026 gilt der europäische CO_2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) für Importe ausgewählter emissionsintensiver Güter, darunter Stahl, Aluminium und Zement. Ziel ist es, Wettbewerbsnachteile europäischer Unternehmen durch die CO_2-Bepreisung zu begrenzen und die Verlagerung von Emissionen ins Ausland (Carbon Leakage) zu verhindern. Da CBAM bislang vor allem Grundstoffe erfasst, könnten jedoch neue Anreize entstehen, nachgelagerte Produktionsschritte in Länder außerhalb der EU zu verlagern und stattdessen verarbeitete Produkte zu importieren. In Ihrer Masterarbeit analysieren Sie diese Anreize anhand ökonomischer Modelle des internationalen Handels und der Umweltbesteuerung. Am Beispiel der Stahlindustrie untersuchen Sie mithilfe öffentlich verfügbarer Handelsdaten und einfacher Modellrechnungen, wie die unterschiedliche CO_2-Belastung von Grundstoffen und weiterverarbeiteten Produkten internationale Produktionsentscheidungen beeinflussen kann. Abschließend diskutieren Sie, inwieweit eine Ausweitung von CBAM auf nachgelagerte Produkte Carbon Leakage wirksamer verhindern könnte und welche zusätzlichen administrativen Kosten damit verbunden wären.

Altersvorsorgedepot versus freies Fondsdepot: Effektive Steuerbelastung des Fondssparens nach der Reform 2027

Mit dem Altersvorsorgereformgesetz vom 26. Mai 2026 löst ab dem 1.1.2027 ein neues Fördersystem die Riester-Rente ab. Kern der Reform ist ein zertifiziertes Altersvorsorgedepot ohne Garantie, in dem in Fonds und andere für Kleinanleger geeignete Anlageklassen investiert werden kann. Die Förderung erfolgt über beitragsproportionale Zulagen, Kinderzulagen und alternative Abzugsmöglichkeiten über Sonderausgaben. In der Ansparphase werden Wertsteigerungen und Erträge nicht besteuert. Ausgezahlt wird als lebenslange Rente oder über einen Auszahlplan bis mindestens zum 85. Lebensjahr. Das freie Fondsdepot unterliegt dagegen der Abgeltungsteuer mit Teilfreistellung und der jährlichen Vorabpauschale. Diese ist auf die tatsächliche Wertsteigerung gedeckelt. In Ihrer Masterarbeit ordnen Sie beide Sparwege zunächst in die Systematik der Besteuerung von Ersparnissen ein: die EET-, TEE- und TTE-Klassifikation mit Beispielen aus dem internationalen Vergleich (z.B. britisches ISA, US-Roth-IRA). Den Kern der Arbeit bildet ein Rechenmodell für typisierte Haushalte. Damit ermitteln Sie Endvermögen nach Steuern, effektive Steuerbelastung und effektive Förderquote. Variiert werden Einkommen, Kinderzahl, Spardauer, Grenzsteuersatz im Alter, Fondsart, Kosten und Basiszins. Ziel soll ein Berechnungsmodell sein, welches je nach Charakteristika des Haushaltes den besten Sparweg ermittelt.

<u>Masterarbeitsthemen in Zusammenarbeit mit einem Praxispartner:</u>

Nachhaltigkeit im internationalen Steuerrecht (Praxispartner: Dr. Stefan Greil, Bundesfinanzministerium)

Nachhaltigkeit umfasst gemäß dem 1987 erschienen Brundtland Bericht allgemein „eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können." Dieses Verständnis einer nachhaltigen Entwicklung hat bis heute die Auffassung von Nachhaltigkeit stark beeinflusst. Aufgrund der globalen Vernetzung der Wirtschaft und der Anforderungen an ein nachhaltiges Wirtschaften wären auch international abgestimmte ertragsteuerliche Regelungen mit dem Ziel einer entsprechenden Verhaltenslenkung durch die Wirtschaftsakteure möglich. In der Masterarbeit soll dargelegt werden, wie Nachhaltigkeitsaspekte im Kontext der internationalen Unternehmensbesteuerung berücksichtigt werden könnten.